Auer Tageblatt

Bezugspreis: Durch unsere Geschäftsstelle frei ins Haus monatlich 1.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.19 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 3.72 Mk., monatlich 1.24 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreis: Die 8spaltige Petitzeile 25 Pf., Bereinsanzeigen, die Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 25 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf., die Reklamezeile für Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pf., sonst 80 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder der Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 263 — Montag, den 11. November 1918 — 13. Jahrgang

Ein Aufruf an die Eisenbahner.

Wir erhalten vom Leipziger A.- und S.-Rat folgenden Aufruf mit der Bitte um Abdruck: Achtung Eisenbahner! Eine Zirkulardepesche, deren Herkunft uns unbekannt ist, fordert zum Eisenbahnerstreik auf. Arbeiter! Folgt dieser Aufforderung nicht! Der Verkehr ist unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, da die Zufuhr von Lebensmitteln und Kohle sonst bedroht ist. Der Arbeiter- und Soldatenrat verlangt von Euch, daß Ihr im Interesse der Allgemeinheit den Verkehr unter allen Umständen aufrechterhaltet.

Leipzig, 10. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Leipzig.
Lipinsky. Geschwandtner.

Einstellung der Feindseligkeiten an allen Fronten.

Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland.

Bereits gestern haben wir durch Extrablatt den nachstehenden Auszug aus den feindlichen Waffenstillstandsbedingungen mitgeteilt. In allen deutschen Herzen bäumte angesichts dieser schmachvollen Bedingungen, die die schlimmsten Befürchtungen der Schwarzseher zu übertrumpfen geeignet sind, Scham und Empörung auflodern. Nackte, brutale Raubgier ist es allein, die unsere vereinigten Feinde beseelt, sie, die fortgesetzt die tönenden Phrasen von Gerechtigkeit und „Rechtsfrieden" im Munde führten. Zwar mußten wir auf schwere Bedingungen gefaßt sein. Die haßerfüllten und unbarmherzigen Aeußerungen englischer und französischer Staatsmänner und der feindlichen Presse ließen darüber keinen Zweifel. Deutschland sollte solche Bedingungen bekommen, daß es nicht in der Lage sein würde, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Die Bedingungen sollten auch zugleich eine Bestrafung Deutschlands bilden. Wo bleibt da der „mäßigende" Einfluß des Präsidenten Wilson, der angeblich durch seinen Vertreter Oberst House auf den Konferenzen der Alliierten geltend gemacht worden sein soll? Die Bedingungen, die uns auferlegt wurden, sind noch schwerer, noch demütigender wie jene für Oesterreich-Ungarn.

Was wird nun geschehen? Bis heute Montagvormittag 11 Uhr mußten wir uns für oder gegen die Bedingungen der feindlichen Räuber-Koalition entschieden haben. Der Kaiser hat inzwischen abgedankt, Reichskanzler Prinz Max ist vom Schauplatz gleichfalls abgetreten und an seiner Stelle hat am Sonnabend, wie wir schon durch Sonderausgaben mitgeteilt haben, der Sozialistenführer Ebert die Bürde des Reichskanzleramtes übernommen. An der neuen Regierung, die am Sonnabend im Wirbel der Ereignisse ans Ruder kam, war es, die schwere Entscheidung in dieser Frage zu treffen. In einem Augenblick, wo für die Verteidigung des Vaterlandes weder auf das Heer noch auf die Flotte mit Sicherheit mehr gezählt werden kann, mag den augenblicklichen Machthabern in Berlin recht schwül zu Mute gewesen sein, als sie Marschall Fochs Bedingungen zu Gesicht bekamen.

Nachfolgend deren Wortlaut:

1. Inkrafttreten 6 Stunden nach Unterzeichnung.

2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen, binnen 15 Tagen.

3. Abzugeben 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.

4. Räumung des linken Rheinufers; Mainz, Koblenz, Köln besetzt vom Feinde auf Radius von 30 Kilometer Tiefe.

5. Auf rechtem Rheinufer 30 bis 50 Kilometer Tiefe neutrale Zone. Räumung in 11 Tagen.

6. Auf linkem Rheinufergebiet nichts hinwegführen. Alle Fabriken, Eisenbahnen intakt zu lassen.

7. 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.

8. Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.

9. Im Osten alle Truppen hinter Grenze vom 1. August 1914 zurücknehmen. Termin dafür ist nicht bekannt.

10. Verzicht auf Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.

11. Bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.

12. Rückgabe des Standes der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.

13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit.

14. Abgabe von 100 Unterseebooten, 8 leichten Kreuzern, 6 Großkampfschiffen. Die übrigen Schiffe interniert und überwacht von Alliierten in neutralen und alliierten Häfen.

15. Sicherheit der freien Durchfahrt durchs Kattegat. Wegräumung der Minenfelder und Besetzung aller Forts und Batterien, von denen aus diese Durchfahrt behindert werden könnte.

16. Blockade bleibt bestehen, deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden.

17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schiffahrt werden aufgehoben.

18. Der Waffenstillstand dauert 30 Tage.

* * *

Neue Winkelzüge der Entente.

Bekanntlich sind es unsere Feinde, allen voran Herr Wilson gewesen, die immer wieder erklärten, daß sie mit den Hohenzollern bezw. mit einem autokratisch oder militaristisch regierten Deutschland keinen Frieden schließen würden. Das gab den Anlaß zu den gewaltigen Umwälzungen, die sich in kürzester Frist unblutig und in rasendstem Tempo bei uns vollzogen haben. Was ist da nicht alles geschehen? Die Verfassung des Reiches wurde demokratisiert, wichtige Rechte des Kaisers wurden beschnitten, Bundesrat und Reichstag wurden zu gleichberechtigten Faktoren erhoben, die Regierung wurde gründlich parlamentarisiert, der Kaiser mußte abdanken, das Volk bemächtigte sich aller Gewalten, auf den Kriegsschiffen und in den Reihen der Landsoldaten weht die rote Fahne, die Republik ist ausgerufen! Will man, kann man noch mehr verlangen? Sind damit nicht die kühnsten Wünsche und Hoffnungen Wilsons und Lloyd Georges erfüllt? Viel schneller und gründlicher erfüllt, als sie sich es träumen ließen?

Und dennoch, sie drehen jetzt den Spieß um, erklären, so hätten sie das nicht gemeint — was jetzt in Deutschland vorgehe, das sei Bolschewismus und mit einem bolschewistischen Deutschland könne man keinen Frieden schließen. Die Entente rüstet sich ja, überall den Bolschewismus, vor allem aber in Rußland, zu bekämpfen. Sie aber, die den Hexensabbath in Deutschland so recht eigentlich heraufbeschworen hat, sucht nur nach einem Vorwande, um in Deutschland einmarschieren zu können. Ein Telegramm meldet darüber:

Berlin, 10. November. Der deutsche Gesandte im Haag berichtet, daß nach zuverlässigen Nachrichten aus Ententekreisen die Entente mit einem bolschewistischen Deutschland keinen Frieden schließen würde, weil sich in einem solchen Staat keine Regierungsgewalt finden würde, deren Autorität und Dauer genügend verbürgt wäre. Die Entente würde sich berufen fühlen, in diesem Falle in Deutschland einzumarschieren und in Deutschland Ordnung zu schaffen.

Wahrlich, es ist schwer, bei solchen Nachrichten ernst zu bleiben. Man weiß nicht, soll man mehr über die Anmaßung oder über die Hinterlist der Entente staunen. Jedenfalls sind beide kaum mehr zu überbieten!

Annahme der Waffenstillstandsbedingungen.

Eine deutsche Note an Präsident Wilson.

Aus Berlin wird von gestern amtlich gemeldet: Heute morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Weisungen sind der Friedensdelegation gegeben worden. Heute Nacht ist folgende Note an den Staatssekretär Lansing nach Washington gefunkt worden: Herr Staatssekretär! Ueberzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale, hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden wiederherzustellen. Dieser Frieden sollte den Grundsätzen entsprechen, zu denen Präsident Wilson sich stets bekannt hat. Er sollte eine gerechte Lösung aller streitigen Fragen und eine dauernde Vereinigung der Völker zum Zweck haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volke Krieg führen und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle. Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten. Nach einer Blockade von 50 Monaten müssen diese Bedingungen, besonders die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade die Ernährungslage Deutschlands zu einer verzweifelten steigern und den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern herbeiführen. Wir müssen die Bedingungen annehmen. Wir machen den Präsidenten feierlich und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Gesinnung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Neuaufbau der Völkergemeinschaft bildet und einen dauerhaften Rechtsfrieden verbürgt. Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Wolf.

Die Oberste Heeresleitung und die Soldatenräte.

Aus dem Hauptquartier ist in Berlin die telegraphische Nachricht eingetroffen, daß die Oberste Heeresleitung die Autorität der Arbeiter- und Soldatenräte anerkennt.

Der Kaiser in Holland.

Aus Berlin wird vom 10. November gemeldet: Der Kaiser ist in Holland angekommen.

Eine Falschmeldung.

Die Meldung, daß es auch in der englischen und französischen Flotte zur Bildung von Soldatenräten gekommen sei, ist falsch.

SLUB
Wir führen Wissen.